

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Sammann.

Berlin, Montag, den 8. Mai 1893.

## † Die Auflösung des Reichstags.

Durch Allerhöchste Verordnung ist am Sonnabend der Reichstag aufgelöst worden, nachdem er die Militärvorlage selbst in einer abgeschwächten, aber für die verbündeten Regierungen noch annehmbaren Form, mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt hatte.

Die Auflösung ist die einzig richtige und nothwendige Antwort auf das Verhalten des Reichstags in einer der höchsten Lebensaufgaben des Volks. Es handelte sich bei der Militärvorlage um die Existenz, um die Ehre, um die Zukunft Deutschlands! Die Weltverhältnisse erfordern gebieterisch die Verstärkung der Wehrkraft; um die damit verbundenen Lasten der Bevölkerung erträglicher zu machen, hat die Regierung das Zugeständniß der zweijährigen Dienstzeit, deren Einführung von dem gesammten Liberalismus Jahrzehnte lang erstrebt worden ist, gemacht; auf der anderen Seite hat die Regierung bewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit nur unter der Bedingung der Verstärkung der Wehrkraft möglich ist. Und was hat die Opposition, was haben die Freisinnigen, die Ultramontanen, die Socialdemokraten, die Volksparteiler und die französisch gesinnten Elsaß-Lothringer darauf erwidert? Sie verweigern die Verstärkung der Wehrkraft und wollen die zweijährige Dienstzeit nur unter solchen Bedingungen annehmen, welche thatsächlich das Heer schwächen, die Wehrkraft zertrümmern und Deutschland in dem Kriege der Zukunft kampfunfähig machen würden.

Auf ein solches Gebahren giebt es keine andere Antwort als die: Weg mit einer solchen Volksvertretung, deren Mehrheit kein Verständniß hat für die wichtigsten Interessen der Nation; es giebt keine andere Maßnahme, als dem Volke Gelegenheit zu geben, Männer in den Reichstag zu schicken, welche seine wahren Interessen besser vertreten und sich der Pflichten gegenüber dem Vaterland besser bewußt sind!

Jetzt haben die Wähler das Wort! Es ist in den Verhandlungen des Reichstags sowohl wie in der Presse der Oppositionsparteien genug geschehen, um das Urtheil des Volks zu verdunkeln. Aber der gesunde Sinn des Volks wird sich bei der Entscheidung um seine höchsten Güter nicht irre führen lassen. Die Nation möge nur das Eine bedenken, daß die von der Opposition jetzt siegreich geltend gemachten Einwände von eben denselben Parteien stets jeder Militärvorlage gegenüber vorgebracht worden sind: schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, Leistungsunfähigkeit und Ueberlastung des Volks, zu viel Steuern, zu viel Soldaten! Mit diesen Waffen haben die Oppositionsparteien die Militärvorlage von 1874, 1880 und 1887 ebenso bekämpft wie die gegenwärtige. Damals — mit Ausnahme von 1887, wo der Reichstag aufgelöst und durch einen besseren ersetzt wurde — waren sie stets in der Minderheit: wo wäre Deutschland hingekommen, wenn es ihnen schon damals gelungen wäre, ihren Willen durchzusetzen? Jetzt hatten sie, wie 1887, wieder soviel Obertwasser, daß sie ihr gefährliches Spiel gewannen. Sollten sie wirklich ein Spiegelbild des deutschen Volks in der Gegenwart sein?

Der Termin für die Neuwahlen ist auf den 15. Juni angesetzt worden. Eine schwere Verantwortung liegt jetzt auf den Schultern der Nation. Für sie kann kein Zweifel vorhanden sein, wohin wir treiben würden, wenn sie ihre Interessen in der einzigen Lebensfrage, um die es sich jetzt handelt, wieder in die Hände derjenigen Parteien legen würde, welche, wenn sie stets das Heft in Händen gehabt hätten, Deutschland schon vor zehn Jahren wehrlos gemacht haben würden. In Frankreich jubelt man über die Ablehnung der deutschen Militärvorlage, und dieser Jubel steht in Harmonie mit dem Beifall, mit welchem die Freisinnigen, Ultramontanen und Socialdemokraten ihre Heldenthat im Reichstage selbst begrüßt haben. Das Reich, die Existenz und die Zukunft Deutschlands schwebt bei einer solchen Majorität

in Gefahr: sie zu überwinden, für die Heeresreform einzutreten, für Kaiser und Reich laut und unzweideutig Zeugniß abzulegen, ist jetzt die Aufgabe des Volkes!

## Das Spiel im Reichstag

hat nun ein End'. Blickt man zurück auf die Verhandlungen über die Militärvorlage, ja schon auf die Erörterungen in der Presse, die schon lange vor Bekanntwerden der Militärvorlage begannen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß mit den Lebensinteressen der Nation ein wahrhaft unwürdiges Spiel getrieben worden ist. Der Chorführer der Opposition in der Presse war der freisinnige Abgeordnete Richter, der schon im Sommer vorigen Jahres seinen Feldzug gegen die aus der Militärvorlage bekannt gewordenen Zahlen eröffnete. Die dagegen vorgebrachten Einwände hatten für den oberflächlichen Beurtheiler etwas Bestechendes: Präsenzerhöhung von 72 000 Mann bei so schlechten Zeiten, noch mehr Steuern bei wirtschaftlichem Niedergang; wozu vierte Bataillone, wozu Staatsverstärkung der Bataillone, da Frankreich weit hinter unserer Präsenz- und Kriegsstärke zurückbleibt! Dabei wurde mit Zahlen herumgeworfen, die den einfachen Sinn verwirren mußten. Nur die zweijährige Dienstzeit nahm man als etwas selbstverständliches an, für die aber der Nation kein Opfer aufzuerlegen sei.

Es läßt sich gar nicht leugnen, daß eine derartige Behandlung der Vorlage in der Oppositionspresse viel dazu beitrug, auch in weiteren Kreisen gegen die beabsichtigte Heeresreform eine Verstimmung zu erzeugen. Als nun der Reichstag in Thätigkeit trat, konnte man sich auf diese eben erst künstlich und tendenziös gemachte Verstimmung berufen, und darauf bauten alsbald Freisinn und Centrum ihren Standpunkt auf: Annahme der zweijährigen Dienstzeit, aber nur innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Präsenzstärke! Dieser Standpunkt war ausgeklügelt ohne Rücksicht auf die Möglichkeit seiner Durchführung. Nun kamen die langwierigen, sachlichen und gründlichen Verhandlungen in der Kommission, in der die Regierung sich nicht die Mühe verbrießen ließ, die Unmöglichkeit dieses Standpunkts bis ins Einzelne darzulegen. Man darf sagen, daß durch die Darlegungen und Beweisführungen der Regierung Jedermann von der Nothwendigkeit und Folgerichtigkeit der beabsichtigten Heeresreform, insbesondere der Ausgleichsmaßregeln für die zweijährige Dienstzeit überzeugt werden mußte: auch für den Unkundigsten liegt es auf der Hand, daß ein Bataillon mit zweijähriger Dienstzeit einen stärkeren Bestand haben muß, als ein Bataillon mit dreijähriger, und daß die vierten Bataillone sowohl wegen der erhöhten Anforderungen, die bei zweijähriger Dienstzeit an die anderen Bataillone zu stellen sind, als auch wegen des Nutzens für die Mobilmachung geboten sind. Der militärisch sachverständige freisinnige Abg. Hünze hat sich denn auch belehren und überzeugen lassen. Ebenso ist der militärisch Sachkundige des Centrums Freiherr v. Huene, der jedoch an der Kommissionsberathung nicht theilgenommen hatte, alsbald von der absoluten Nothwendigkeit und Folgerichtigkeit der Vorlage überzeugt worden, und ihm es zu danken, wenn er einen Antrag einbringen konnte, der diesen Erwägungen Rechnung trug und mit dem sich auch die Regierung einverstanden erklären konnte.

Wir sagen, Jedermann mußte durch die Darlegungen der Regierung überzeugt werden, und möchten hinzufügen, Jedermann ist auch thatsächlich überzeugt worden. Aber was hätte das zur Folge gehabt? Freisinn und Centrum hätten ihren Standpunkt, auf den sie durch Herrn Richter gerathen waren, aufgeben müssen! Das wäre wahrhaft patriotisch